

***Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 3. Mai 2005***

***Wirtschaftsstrukturelle Ursachen der Arbeitslosenzahlentwicklung***

Aufgrund der politischen Rahmenbedingungen vor 1995, wie zum Beispiel der Nicht-Bereitstellung von ausreichend Gewerbeflächen, konnten bremische Betriebe ihre Betriebserweiterungen nicht in Bremen durchführen, sondern siedelten sich im niedersächsischen Umland neu an. Auch die schweren Krisen der Stahl- und Werftenindustrien der 80er Jahre trafen das Land Bremen hart. Viele Menschen verloren daraufhin ihren Arbeitsplatz.

Die Große Koalition machte es zu ihrer Hauptaufgabe, eine Wende auf dem hiesigen Wirtschafts- und Arbeitsmarkt einzuleiten.

Dementsprechend war und ist es Aufgabe der Wirtschaftspolitik, durch verbesserte Rahmenbedingungen und strukturpolitische Änderungen neue Arbeitsplätze zu sichern sowie neue zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. In welchen Branchen wurden seit 1995 Arbeitsplätze in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven abgebaut?
2. Welche strukturellen Ursachen und wirtschaftspolitischen bzw. globalen Einflüsse führten zu diesen Entlassungen bzw. zum Stellenabbau?
3. In welchen Branchen wurden dagegen seit 1995 neue Stellen in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven geschaffen?
4. Welche strukturellen Ursachen und wirtschaftspolitischen Einflüsse führten zur Schaffung dieser neuen Arbeitsplätze?
5. Kann der Senat Schlüsse über die Unternehmensgröße bei der Schaffung neuer Stellen ziehen?
6. Welche wirtschaftsstrukturellen Besonderheiten spielten bei der hiesigen Beschäftigten- und Arbeitslosenzahlentwicklung eine entscheidende Rolle?
7. Wie hoch ist die Arbeitsplatzdichte in der Stadtgemeinde Bremen im Vergleich zu anderen Großstädten?
8. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Höhe der Pendlerquote aus dem niedersächsischen Umland in die Städte Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven?
9. Wie hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt entwickelt?
10. Wie hat sich die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Bundesdurchschnitt entwickelt?

Sibylle Winther,  
Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU

## *Antwort des Senats vom 31. Mai 2005*

Die Arbeitsplatzentwicklung des Landes Bremen ist eng mit dem eingeleiteten Strukturwandel der bremischen Wirtschaft verknüpft. Dieser ist gekennzeichnet durch zwei Pole: erstens Arbeitsplatzverluste in einigen von Strukturkrisen betroffenen Bereichen der bremischen Industrie sowie bei den traditionellen Dienstleistungen und zweitens Arbeitsplatzzuwächse bei den unternehmensnahen Dienstleistungen. Dieser sektorale Strukturwandel ist begleitet von einer Steigerung der Produktivität und damit verbunden einer deutlichen Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Wirtschaft.

Der Strukturwandel Bremens wurde bereits in den 80er Jahren durch das Wirtschaftsstrukturpolitische Aktionsprogramm (WAP) eingeleitet. Ausgangspunkt waren die erheblichen Schrumpfungsprozesse der bremischen Wirtschaft in den 80er Jahren, die sich vor allem im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe durch Produktionsverlagerungen in andere Bundesländer sowie im Schiffbau vollzogen, wobei sich die auch andernorts spürbare Werftenkrise wegen der bis dahin starken Stellung dieser Branche in Bremen besonders stark ausgewirkt hat.

Zu Beginn der 90er Jahre erfuhr die Wirtschaftsstrukturpolitik eine Aufwertung sowohl hinsichtlich der eingesetzten Mittel als auch der weiteren Differenzierung der eingesetzten Programme. Seitdem steht ein breites Instrumentarium an Förderprogrammen und Maßnahmen zur Verfügung, das auf eine durchgreifende Modernisierung der bremischen Wirtschaftsstruktur ausgerichtet ist. Dabei zielt die Wirtschaftsstrukturpolitik des Landes zuvorderst auf die Schaffung günstiger regionaler Standortbedingungen, um Investitionen der privaten Wirtschaft auf den Standort Bremen zu lenken und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen und vorhandene zu sichern.

Im Zeitraum 1994 bis 2004 konnte mit dem Investitionssonderprogramm die Wirtschaftsstrukturpolitik des Landes noch einmal deutlich ausgebaut und um zentrale Infrastrukturprojekte ergänzt werden. Die Wirkungen dieser Maßnahmen stehen im Zentrum der aktuellen Debatte über den Erfolg der Sanierungspolitik des Landes Bremen. Dabei wurde insbesondere die Beschäftigungsentwicklung auf Basis der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Sanierungszeitraum einer kritischen Bewertung unterzogen.

Aufgrund der alleinigen Betrachtung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Land Bremen ist nach Auffassung des Senats ein falsches Bild der Wirkungen der Sanierungspolitik entstanden. Zum einen bildet die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung die Arbeitsplatzentwicklung im Land Bremen nur unvollständig ab, da das Ausmaß der Entwicklung der Selbständigen und der geringfügigen Beschäftigung und damit der fortgesetzte Wandel der Erwerbsstrukturen unterzeichnet wird. Darüber hinaus kann der Programm- bzw. Sanierungszeitraum nicht mit dem Wirkungszeitraum gleichgesetzt werden.

Die ersten Projekte des Investitionssonderprogramms (ISP) wurden in der ersten Hälfte des Sanierungszeitraumes auf den Weg gebracht und umgesetzt und haben erst in den Folgejahren erste Wirkungen gezeigt. Bis zum Ende des Sanierungszeitraumes wurden weitere Projekte beschlossen, die erst nach und nach vollständig umgesetzt werden und naturgemäß noch gar keine Wirkungen entfalten konnten. Der Senat hat mehrfach auf die Bedeutung dieser langfristigen Wirkungsketten hingewiesen. Insbesondere in seiner Unterrichtung der Bremischen Bürgerschaft über die Evaluierung des ISP vom 29. Oktober 2002 hat der Senat deutlich gemacht, dass infolge des Realisierungsverlaufes der ISP-Maßnahmen und der zu erwartenden jeweiligen Wirkungsverzögerungen die maximalen Beschäftigungseffekte des ISP erst im Jahre 2016 zu erwarten sind.

Ein zentrales Problem des Zwei-Städte-Staates Bremen besteht in der anhaltend unterschiedlichen Entwicklung Bremens und Bremerhavens. Auch wenn in den vergangenen Jahren eine Reihe von wirtschaftspolitischen Erfolgen in Bremerhaven erzielt werden konnten, ist die Seestadt nach wie vor vom strukturellen Wandel und seinen Folgen gekennzeichnet. Das Wegbrechen altindustrieller Strukturen in Verbindung

mit geringer wirtschaftlicher Dynamik, einer auf hohem Niveau verfestigten Arbeitslosigkeit und rückläufige Bevölkerung sind typische Begleitumstände dieses Prozesses.

Aufgrund der statistischen Datenlage können die Fragen 1, 3 und 8 nicht differenziert für Bremen-Nord beantwortet werden. Vor diesem Hintergrund kann nicht in jedem Fall dargestellt werden, dass insbesondere in Bremerhaven die Arbeitsmarktsituation relativ zu Bremen-Stadt ungleich problematischer ist. Dies bezieht sich sowohl auf die deutlich höheren Arbeitsplatzverluste als auch auf die geringere Wachstumsdynamik in einzelnen Sektoren der Seestadt im Zusammenhang erster Wirkungen regionalwirtschaftlicher Maßnahmen. Bei der Darstellung sektoraler Entwicklungen werden die aktuell zur Verfügung stehenden Daten verwendet; diese reichen in der entsprechenden sektoralen Gliederung in der Regel bis zum Jahr 2004, z. T. erst bis zu den Jahren 2002/2003. Bei der Darstellung der Produktivitätsentwicklung einzelner Sektoren wird z. T. auf die Umsatzproduktivität (Umsatz je Beschäftigten) Bezug genommen. Die Tabellen 1, 2, 3, 8 und 9, auf die Bezug genommen wird, befinden sich wegen ihres Umfangs im statistischen Anhang. Die Daten beruhen – soweit nicht anders angegeben – auf Angaben des Statistischen Landesamtes Bremen.

1. In welchen Branchen wurden seit 1995 Arbeitsplätze in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven abgebaut?

Tabelle 1 (Anhang) gibt einen Überblick über die bremische Erwerbstätigenentwicklung, differenziert nach Wirtschaftszweigen und Stellung im Beruf. Tabellen 2 und 3 zeigen die Erwerbstätigenentwicklung für Bremen und Bremerhaven sowie für das Land Bremen im Vergleich zum Bund.

Der Entwicklungsverlauf zeigt bis zum Jahr 1999 insgesamt ein negatives Bild der Beschäftigungsentwicklung mit einem Tiefststand der Zahl der Erwerbstätigen von 380.285. Seitdem ist die Zahl der Erwerbstätigen wieder angestiegen und hat sich bei rund 390.000 stabilisiert. Im Zeitraum 1995 bis 2004 ist ein Arbeitsplatzzuwachs in Höhe 2.247 (+ 0,6) zu verzeichnen, gegenüber einem Zuwachs von 2,8 % im Bund. Jedoch ist dieses relativ schlechtere Ergebnis noch auf die anhaltenden Arbeitsplatzverluste in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zurückzuführen. Ab dem Jahr 2000 gab es dagegen alljährlich höhere Zuwachsraten (bzw. geringere Rückgänge) als im Bund. Insgesamt ist seit dem Tiefststand 1999 die Zahl der Arbeitsplätze in Bremen um 2,8 % gestiegen, während dieser Zuwachs im Bund bei knapp 1 % lag.

Bei einer sektoralen Betrachtung zeigt sich der Arbeitsplatzabbau vor allem im Verarbeitenden Gewerbe (- 12.143) und im Baugewerbe (- 4.111). Hinzu kommen innerhalb des Dienstleistungsbereiches Arbeitsplatzverluste im Verkehrssektor (- 4.630) sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe (- 2.814) und in der öffentlichen Verwaltung (- 6.660). Diesem Arbeitsplatzabbau steht ein Zuwachs um mehr als 20.000 im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen gegenüber.

Ein Vergleich der Erwerbstätigenentwicklung in den Städten Bremen und Bremerhaven zeigt für Bremerhaven einen deutlich maßvolleren Arbeitsplatzabbau im Verarbeitenden Gewerbe und im Verkehrssektor. Allerdings ist die Arbeitsplatzbilanz in Bremerhaven mit - 3,4 % deutlich negativ, da im Gegensatz zur Stadt Bremen mit einem Arbeitsplatzzuwachs in Höhe von 1,3 % in Bremerhaven ein ausgleichender Zuwachs bei den Dienstleistungen, insbesondere den Unternehmensdienstleistungen, fehlt.

In der Erwerbstätigenentwicklung Bremens ist ein deutlicher Wandel der Erwerbsstrukturen zu erkennen. Ohne Berücksichtigung der geringfügig Beschäftigten gab es einen Rückgang bei den Arbeitern und Angestellten um 11.246. Bei den geringfügig Beschäftigten selbst hat die Zahl um 20.188 zugenommen. Bei der Zahl der Selbständigen ist bis in das Jahr 2000 ein Rückgang zu verzeichnen. Im Jahr 2001 kehrte sich dieser Trend um und führte seitdem zu einem stetigen Anstieg der Zahl der Selbständigen. Die Zahl der öffentlich Bediensteten ist ebenfalls stark rückläufig und führte seit dem Jahr 1995 zu einem Rückgang von über 6.600 Personen.

2. Welche strukturellen Ursachen und wirtschaftspolitischen bzw. globalen Einflüsse führten zu diesen Entlassungen bzw. zum Stellenabbau?

Die massiven Arbeitsplatzverluste in der bremischen Industrie sind im Wesentlichen auf die Entwicklungen der dominierenden Branchen des Verarbeitenden

Gewerbes (Fahrzeugbau, Schiffbau, Ernährungsgewerbe, Maschinenbau und Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung) zurückzuführen. Diese Arbeitsplatzverluste gehen gleichzeitig z. T. einher mit massiven Umsatzsteigerungen der branchenzugehörigen Unternehmen. So stand einem Umsatz im Fahrzeugbau im Jahr 1995 in Höhe von rund 7 Mrd. Euro ein Umsatz im Jahr 2004 in Höhe von knapp 12 Mrd. Euro gegenüber. Dies entspricht einer Steigerung um knapp 70 %. Für den Maschinenbau ergibt sich eine Steigerung um knapp 121 %, bei der Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung von 57 %. Beim Schiffbau gab es über den gesamten Zeitraum erhebliche Umsatzenschwankungen (bedingt durch zeitliche Verzögerungen bei Schiffsablieferungs-termi- nen) mit Steigerungsraten von in der Spitze bis 303 % (2001/2000) und Rückgängen von 70 % (2003/2002). Das Ernährungsgewerbe verzeichnete bis zum Jahr 2001 ebenfalls einen deutlichen Umsatzzuwachs von knapp 21 %, der aber seitdem von Umsatzrückgängen abgelöst wurde.

Damit zeichnet das Verarbeitende Gewerbe Bremens im Betrachtungszeitraum 1995 bis 2004 ein Bild der Entkopplung von Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung. Dieser Zusammenhang ist auf die Produktivitätsschübe des bremischen Verarbeitenden Gewerbes zurückzuführen. Anhand der Entwicklung der Umsatzproduktivität (Umsatz je Beschäftigten) der einzelnen Branchen wird dieses Bild deutlich: Im Fahrzeugbau konnte seit 1995 eine Steigerung der Umsatzproduktivität von 115 % erzielt werden. Beim Maschinenbau betrug die Steigerung 56 %, bei der Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung 75 %, beim Schiffbau durchschnittlich zwischen 100 und 200 % und im Ernährungsgewerbe 24 %.

Damit haben die dominierenden Branchen des Verarbeitenden Gewerbes ihre internationale Wettbewerbsposition im Sanierungszeitraum massiv stärken können. Diese Stärkung geht allerdings einher mit dem Phänomen des „jobless growth“, d. h., einem Wachstum der Produktionsleistung durch technologische Rationalisierungsschübe, welches keine positiven Beschäftigungseffekte nach sich zieht.

Die internationale Wettbewerbsposition der bremischen Industrie zeigt sich an der über dem Bundesdurchschnitt liegenden Exportquote des bremischen Verarbeitenden Gewerbes. Diese ist seit dem Jahr 1995 (42 %) kontinuierlich gestiegen und beträgt in 2004 rund 54 % (Bund 39 %). Dabei ist bemerkenswert, dass auch am aktuellen Rand trotz des starken Euro und Preisunsicherheiten auf den Rohstoffmärkten die bremische Industrie ihren Exportanteil weiter steigern konnte.

Die Entwicklung der bremischen Industrie ist nicht losgelöst von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Weltmarktprozessen und – bezogen auf die bremischen Großunternehmen – konzerninternen Standortwettbewerben zu betrachten. So sieht sich beispielsweise die deutsche Automobilindustrie aktuell gleichzeitig einer geschwächten Binnennachfrage und einer verschärften Auslandskonkurrenz gegenüber. Darüber hinaus existieren erhebliche konzerninterne Wettbewerbe über die Standorte künftiger Produktionslinien. Ein deutlicher Beleg für die in den vergangenen Jahren erreichte Wettbewerbsposition des Automobilstandortes Bremen bietet die jüngste Entscheidung der Daimler-Chrysler-Konzernleitung über den Bau des neuen Geländewagens (Sports Utility Tourer – SUT). In dieser Entscheidung spiegeln sich zum einen die positive Produktivitäts- und Kostensituation des DC-Werkes Bremen, zum anderen aber auch die wirtschaftsstrukturpolitischen Maßnahmen des Landes zur Stärkung der Standortvorteile des Bremer Werkes durch Unterstützung des Ausbaus eines engen Zulieferer-Netzwerkes, wofür vor allem in den letzten Jahren im Gewerbepark Hansalinie die Voraussetzungen geschaffen wurden.

Auch in anderen Zweigen der bremischen Industrie sind diese scheinbar gegenläufigen Tendenzen zu beobachten: Konsolidierung durch Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitigen Beschäftigungsverlusten einerseits; andererseits Neustrukturierung von Zulieferer- und FuE-Netzwerken als Nukleus neuer Beschäftigung in wettbewerbsfähigen Bereichen.

Die Entwicklung im bremischen Baugewerbe folgte der generellen Entwicklung in der Baubranche. Dabei war die Entwicklung bis in das Jahr 2000 hinein in Bremen wie im Bund relativ stabil. Seitdem ist ein kontinuierlicher Arbeitsplatzabbau im Baugewerbe zu verzeichnen, der allerdings in Bremen etwas moderater ausfällt als im Bund. Die insgesamt negative Erwerbstätigenbilanz im Baugewerbe

ist zum Teil auf die Liberalisierung der europäischen Märkte und den wachsenden internationalen Konkurrenzdruck zurückzuführen. Dies führt auch dazu, dass regionale Bauaktivitäten des Landes Bremen nicht mehr wie im früheren Maße zu Auftragsvergaben an die lokale bremische Bauwirtschaft führen.

Parallel zum Beschäftigungsabbau in der bremischen Industrie und im Baugewerbe vollzog sich auch ein deutlicher Arbeitsplatzabbau im bremischen Verkehrssektor mit über 10 %, der im Bund mit knapp 5 % geringer ausfiel. Der Arbeitsplatzverlust war hier insbesondere zu Beginn der 90er Jahre am stärksten und führte bis 1999 zu einem Verlust von knapp 10.000 Arbeitsplätzen. Erst in den Jahren ab 2000 hat auch der Verkehrssektor einen stabilen Pfad eingeschlagen. Gleichzeitig war in Bremen ein Anstieg der Wertschöpfung um knapp 35 % (2002/1995) zu verzeichnen, was zu erheblichen Produktivitätsfortschritten führte. So zeigt sich im bremischen Verkehrssektor eine Produktivitätssteigerung im Umfang von knapp 54 % (2002/1995) und damit unter strukturellen Gesichtspunkten ein ähnliches Bild wie für die bremische Industrie, das in einer verbesserten internationalen Wettbewerbsposition des Verkehrssektors zum Ausdruck kommt, ohne dass dies jedoch bereits Beschäftigungssteigerungen nach sich gezogen hätte. In diesem Bild spiegeln sich insbesondere die enormen Rationalisierungsschübe im Bereich der bremischen Hafenwirtschaft – ausgelöst durch die Containerisierung des Güterumschlages –, mit der die bremischen Häfen ihre internationale Wettbewerbsposition mit jährlich steigenden Umschlagsrekorden ausbauen konnten und damit seit dem Jahr 2001 in Bremerhaven wieder zusätzliche Arbeitsplätze im Verkehrssektor geschaffen werden konnten. Der Senat sieht in dieser Entwicklung seine Politik zum Ausbau der hafenbezogenen Infrastruktur bestätigt.

Innerhalb des Dienstleistungssektors kam es auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung zu einem erheblichen Arbeitsplatzabbau; hier wurden seit 1995 rund 22 % der Arbeitsplätze abgebaut, während im gesamten Bundesgebiet der Rückgang rund 12 % betrug. In dieser Entwicklung kommt die zweite Säule der Sanierungsstrategie zum Tragen, die neben den Investitionen zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes Einsparungen im konsumtiven Bereich vorgenommen hat.

Innerhalb des Sektors Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen sind bei den Unternehmen des Kredit- und Versicherungsgewerbes zwischen 1995 und dem Jahre 2004 rund 20 % der Arbeitsplätze verloren gegangen. Dieser Arbeitsplatzabbau geht ebenfalls einher mit einer Steigerung der Wertschöpfung um 18 % und einer entsprechenden Produktivitätssteigerung um über 45 %. Dieser Wert betrug im Bundesvergleich lediglich rund 30 % bei nahezu gleichbleibender Beschäftigung. Auch hier zeigt sich das Bild einer durch Rationalisierungsschübe konsolidierten Branche, deren Position gegenüber dem bundesweiten Wettbewerb zwar gestiegen ist, ohne dass dies jedoch zu positiven Beschäftigungseffekten geführt hätte.

Der Wandel der Erwerbsstrukturen und der damit verbundene Aufbau geringfügiger Beschäftigung ist sektoral eindeutig dem Handel und dem Gastgewerbe zuzuordnen. Die rund 1.100 geschaffenen Arbeitsplätze im Handel setzen sich zusammen aus rund 4.100 neuen geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und dem Verlust von rund 2.600 Vollerwerbsarbeitsplätzen sowie Verlusten bei den Selbständigen. Im Gastgewerbe ist der Arbeitsplatzzuwachs ebenfalls auf die Expansion geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen. Auch im Verkehrssektor ist dieser Trend zu beobachten. Bei den übrigen Dienstleistungen hingegen ist eine Dominanz geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse bei der Beschäftigungsentwicklung nicht feststellbar. Der skizzierte Wandel der Erwerbsstrukturen mit überdurchschnittlicher Entwicklung der Erwerbstätigkeit bei rückläufiger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ist ein generelles Phänomen, dass in städtischen Räumen und insbesondere in Stadtstaaten wie Bremen gegenüber dem Bundesdurchschnitt besonders ausgeprägt ist.

In dieser Entwicklung der Erwerbsstrukturen spiegeln sich die in den vergangenen Jahren vorgenommenen gesetzlichen Erleichterungen zur Schaffung und zur Aufnahme geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und die Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen. Im Zusammenhang mit den jüngsten Reformen am Arbeitsmarkt ist zu erwarten, dass dieser Trend auch künftig anhalten bzw. noch verstärkt werden wird.

Aus Sicht des Senats zeigt die Beschäftigungsentwicklung des Landes Bremen eine deutliche Verschiebung hin zu neuen Dienstleistungen sowie innerhalb der bremischen Industrie und der traditionellen Dienstleistungssektoren eine Stärkung der internationalen Wettbewerbsposition – allerdings zu dem Preis massiver Beschäftigungsverluste noch bis zum Ende der 90er Jahre. Dies ist jedoch nicht als Scheitern der Sanierungspolitik zu werten. Vielmehr handelt es sich hier um eine notwendige Voraussetzung für neue Beschäftigung in wettbewerbsfähigen Bereichen, da nur auf der Basis einer diversifizierten wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur langfristige Beschäftigungszuwächse zu erzielen sind.

3. In welchen Branchen wurden dagegen seit 1995 neue Stellen in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven geschaffen?

Der massive Arbeitsplatzverlust in der bremischen Industrie konnte durch anhaltende Beschäftigungsgewinne bei den Dienstleistungen überkompensiert werden. So wurden im Handel rund 1.100 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Insbesondere das Gastgewerbe hat mit einem kräftigen Beschäftigungszuwachs von über 44 % bzw. 5.575 Arbeitsplätzen zulegen können. Auch im zusammengefassten Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen sind mit rund 1.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen Beschäftigungsgewinne zu verzeichnen gewesen. Berücksichtigt man den Beschäftigungsabbau im öffentlichen Sektor, hat es hier eine deutliche Verschiebung der Beschäftigung hin zu den privaten Dienstleistungen gegeben.

Besonderes Gewicht kommt allerdings dem Bereich der Unternehmensdienstleistungen zu, der in Bremen mit über 60 % um 20.824 Arbeitsplätze gewachsen ist.

Im Vergleich zum Bund ergeben sich beim Handel mit einem Plus von 2,2 % etwas höhere Zuwächse. Im Gastgewerbe liegt die Entwicklung mit + 34,4 % deutlich hinter der bremischen Zuwachsrate zurück. Bei den privaten und öffentlichen Dienstleistungen gab es im Bund dagegen mit + 9,4 % eine positivere Entwicklung.

Im Bereich der Unternehmensdienstleistungen sind bundesweit Arbeitsplatzzuwächse im Umfang von 56,5 % zu verzeichnen, was leicht unter dem bremischen Zuwachs liegt.

Betrachtet man den Entwicklungsverlauf der Arbeitsplatzzuwächse bei den Unternehmensdienstleistungen zwischen 1995 und 2004, so gibt es insbesondere ab dem Jahre 1999 einen deutlichen Arbeitsplatzzuwachs, der sich bis zum Jahr 2004 auf hohem Niveau verstetigte.

Bei einer differenzierten Betrachtung der Erwerbstätigenentwicklung in Bremen-Stadt und Bremerhaven fällt auf, dass sich der kompensierende Zuwachs der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich in Bremerhaven hauptsächlich auf das Gastgewerbe konzentriert. Insgesamt bleibt der Dienstleistungssektor Bremerhavens durch eine relativ stabile Entwicklung des Handels und Verkehrsbereiches geprägt und weist eine deutliche Schwäche bei den unternehmensnahen Dienstleistungen auf, die sich innerhalb des Landes Bremen auf die Stadt Bremen konzentrieren.

4. Welche strukturellen Ursachen und wirtschaftspolitischen Einflüsse führten zur Schaffung dieser neuen Arbeitsplätze?

Wie in der Antwort zu Frage 2 bereits ausgeführt, vollzieht die bremische Wirtschaft einen Strukturwandel, der mit einem Verlust von Beschäftigungsanteilen im sekundären Sektor einhergeht. Dieser Strukturwandel ist kennzeichnend für alle hochentwickelten Volkswirtschaften, in denen Arbeitsplatzverluste in Betrieben des Produzierenden Gewerbes durch neugeschaffene Arbeitsplätze in Dienstleistungsunternehmen kompensiert werden.

Dieses Bild zeigt sich auch in Bremen, wo alle Dienstleistungsbereiche zusammengekommen bis 1999 mehr oder weniger stabil waren, ab 1999 jedoch eine deutlich positive Entwicklung vollzogen haben. So entstanden im Dienstleistungsbereich zwischen 1995 und 1999 etwa 1,4 % mehr Arbeitsplätze, zwischen 1999 und 2004 betrug dieser Anstieg über 6 %.

Innerhalb des Dienstleistungsbereiches ist das Gastgewerbe hervorzuheben. Hier gab es zwischen 1995 und 1996/97 einen moderaten Beschäftigungszuwachs, der in den Folgejahren sprunghaft anstieg. Zwischen 1997 und dem Jahr 2003 betrug der Arbeitsplatzzuwachs über 37 %. Aufgrund dieser Beschäftigungsexpansion war die Produktivitätsentwicklung des bremischen Gastgewerbes mit - 35 % zwar rückläufig, blieb jedoch noch unter der ebenfalls rückläufigen Entwicklung des Bundes (- 37 %).

Insbesondere die Entwicklung des bremischen Gastgewerbes in den Jahren 2003 und 2004 mit deutlichen Steigerungsraten bei den Übernachtungen und Ankünften deutet am aktuellen Rand eine positive Tendenz an, die mit weiteren Beschäftigungszuwächsen korrespondiert. Dieser positive Trend ist nach Ansicht des Senats auf die konsequente Politik zur Stärkung des Tourismussektors in Bremen zurückzuführen, die durch die Umsetzung einer Fülle von Projekten im Bereich der Städte- und Geschäftsreisen erreicht wurde und – unter Berücksichtigung der entsprechenden Wirkungsverzögerungen – nunmehr ihre volle Wirkung entfalten bzw. künftig noch stärker entfalten werden.

Innerhalb des Strukturwandels hin zum tertiären Sektor ist die Entwicklung der unternehmensnahen Dienstleistungen von besonderer Bedeutung, da hierin zukunftsfähige beratungs-, technologie- und wissensintensive Dienstleistungen abgebildet werden. In diesem Bereich hat Bremen nach wie vor einen erheblichen Nachholbedarf im Vergleich mit anderen Großstädten. Dies hängt zum Teil mit der Unternehmensstruktur der bremischen Wirtschaft zusammen, die über teilweise von Großunternehmen ohne Leitungsfunktion dominiert ist und für die produktionsunterstützende Dienstleistungen in Konzernzentralen außerhalb Bremens vollbracht werden. Erst mit der Umsetzung neuerer Unternehmensentwicklungsstrategien und der Auslagerung produktionsferner Tätigkeiten im Verlauf der 90er Jahre haben unternehmensnahe Dienstleistungen am Standort Bremen an Gewicht gewinnen können.

Dies zeigt sich deutlich am Entwicklungsverlauf dieses Sektors, der in den zurückliegenden Jahren der zentrale Träger für neue Arbeitsplätze in Bremen gewesen ist. Hier wurde ein über dem Bundestrend (56,5 %) liegender Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze um 60 % erreicht. Der Anstieg der Wertschöpfung betrug 37 % gegenüber 27 % im Bund, was angesichts der Beschäftigungsexpansion zwar einen negativen Produktivitätseffekt nach sich zog, der aber mit - 11 % in Bremen geringer ausfiel als im Bund (- 14 %). Insgesamt sind im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen zwischen 1995 und 2004 über 20.000 neue Arbeitsplätze in Bremen entstanden.

Der Senat hat die Förderung neuer Beschäftigung in unternehmensnahen und technologie- und wissensintensiven Dienstleistungen massiv unterstützt. Sichtbarer Ausdruck ist die Entwicklung des Technologieparks Bremen, wo heute über 6.200 Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Wirtschaftsbereichen entstanden sind. Hinzu kommt die Entwicklung weiterer Standorte wie im Bereich der Airport-Stadt sowie die in Aussicht genommenen Vorhaben im Bereich der IUB in Bremen-Grohn und der Überseestadt, in denen hervorragende Standortbedingungen für Unternehmen aus dem Dienstleistungsbereich geschaffen werden. In Bremerhaven wurden diese Prozesse mit dem Technologiepark Bremerhaven und dem „t.i.m.e.Port“ sowie im „Entwicklungsgebiet südliche Innenstadt/Forschungs- und Entwicklungszone Handelshafen“ auf den Weg gebracht. Gestützt werden diese infrastrukturellen Maßnahmen durch ein differenziertes Programmportfolio zur Förderung von Forschung und Entwicklung und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie zur Förderung von Existenzgründungen.

5. Kann der Senat Schlüsse über die Unternehmensgröße bei der Schaffung neuer Stellen ziehen?

Die Entwicklung der Beschäftigung nach Betriebsgrößenklassen liegt in einer Zeitreihe aktuell nur für die Jahre 1999 bis 2003 vor, differenziert nach Betrieben mit 1 bis 499 Beschäftigten sowie 500 Beschäftigten und mehr.

Aus den Tabellen 4 und 5 wird deutlich, dass in Bremen im Segment der Betriebe mit 1 bis 499 Beschäftigten über 4 % zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden. Im Segment der Betriebe mit 500 und mehr Beschäftigten wurden dagegen Arbeitsplätze im Umfang von rund 10 % abgebaut. Im Bund wurden demgegen-

über in beiden Segmenten Arbeitsplätze abgebaut. Insgesamt ist daher die Beschäftigungsbilanz im Bund im Zeitraum 1999 bis 2003 eindeutig negativ, während in Bremen die Beschäftigungsverluste in den großen Unternehmen durch Beschäftigungsgewinne bei den Betrieben mit 1 bis 499 Beschäftigten ausgeglichen werden konnten.

Tabelle 4: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen – Land Bremen

Betriebsgrößenklassen	30.6.1999	30.6.2000	30.6.2001	30.6.2002	30.6.2003	Veränderungen 1999 bis 2003	
						in %	absolut
1 bis 499 Beschäftigte	198.728	205.890	206.008	206.636	207.311	4,3	8.583
500 und mehr Beschäftigte	81.428	77.686	80.491	78.017	73.215	- 10,1	- 8.213
Insgesamt	280.156	283.576	286.499	284.653	280.526	0,1	370

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 5: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen – Deutschland

Betriebsgrößenklassen	30.6.1999	30.6.2000	30.6.2001	30.6.2002	30.6.2003	Veränderungen 1999 bis 2003	
						in %	absolut
1 bis 499 Beschäftigte	21.532.907	21.824.092	21.767.087	21.626.626	21.167.124	- 1,7	- 365.783
500 und mehr Beschäftigte	5.949.677	6.001.532	6.050.027	5.944.521	5.787.562	- 2,7	- 162.115
Insgesamt	27.482.584	27.825.624	27.817.114	27.571.147	26.954.686	- 1,9	- 527.898

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

6. Welche wirtschaftsstrukturellen Besonderheiten spielten bei der hiesigen Beschäftigten- und Arbeitslosenzahlentwicklung eine entscheidende Rolle?

Die Ausführungen in den Antworten zu den Fragen 2 und 4 sind vor dem Hintergrund der Struktur der bremischen Wirtschaft am Ausgang der 80er Jahre zu bewerten. Diese war dominiert von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit zum Teil nicht mehr zukunftsfähigen Branchen sowie einem Übergewicht traditioneller Dienstleistungen im Bereich des Handels und des Verkehrswesen und der öffentlichen Verwaltung. Die übrigen Dienstleistungen, insbesondere zur Erbringung unternehmensnaher Dienste, waren dagegen deutlich unterrepräsentiert. Der im Land Bremen eingeleitete und in den 90er Jahren im Zuge der Sanierung verstärkte Strukturwandel hat zunächst massive Arbeitsplatzverluste in den traditionellen Sektoren nach sich gezogen, bei gleichzeitigen überdurchschnittlichen Produktivitätseffekten in diesen Bereichen. Diese Entwicklung führte zu nachlaufenden Arbeitsplatzverlusten insbesondere in Bremerhaven, die teilweise bis heute anhalten. Gleichzeitig wurde ein Wandel der Wirtschaftsstruktur hin zu innovativen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsbereichen vollzogen. Es ist bekannt, dass es sich hier um langfristige Wirkungsketten handelt, die allerdings durch kurzfristige externe sektorale Ereignisse bzw. konjunkturelle Störungen unterbrochen werden können. Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass sich die bremische Wirtschaft im Gegensatz zu den 80er und 90er Jahren deutlich stabiler in konjunkturellen bzw. bei einzelnen sektoralen Krisen zeigt.

7. Wie hoch ist die Arbeitsplatzdichte in der Stadtgemeinde Bremen im Vergleich zu anderen Großstädten?

Die Arbeitsplatzdichte ist definiert als die Anzahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort je 1.000 Einwohner am Wohnort. Sie gibt u. a. an, in welchem Umfang insbesondere größere Städte ihre oberzentrale Funktion für den Arbeitsmarkt des jeweiligen Umlandes wahrnehmen. Große Städte stellen damit nicht nur für ihre eigenen Einwohner, sondern in einem hohen Maße auch für das Umland Arbeitsplätze zur Verfügung. Dies zeigt sich vor allem in den entsprechenden Pendlerströmen (siehe hierzu die Antwort auf Frage 8).

In der folgenden Tabelle wird die Arbeitsplatzdichte für die westdeutschen Großstädte ausgewiesen, die von der Bevölkerungsgröße her am nächsten bei Bremen liegen.

Tabelle 6: Bevölkerung, Erwerbstätige und Arbeitsplatzdichte ausgewählter westdeutscher Großstädte

Stadt	Wohnbevölkerung 31. 12. 2003	Erwerbstätige am Arbeitsort, Jahres- durchschnitt 2003	Arbeitsplatzdichte Erwerbstätige je 1.000 Einwohner
Frankfurt a. M.	643.432	590.676	918
Dortmund	589.661	279.127	473
Essen	589.499	296.896	504
Stuttgart	589.161	456.823	775
Düsseldorf	572.511	454.815	794
Bremen	544.853	328.404	603
Duisburg	506.496	211.439	417
Nürnberg	493.553	342.024	693

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

Der Durchschnitt der hier betrachteten Städte ergibt eine Arbeitsplatzdichte von 647. Damit hat Bremen eine etwas unterdurchschnittliche Arbeitsplatzdichte im relevanten Großstadtvergleich. Die hohe Arbeitsplatzdichte der Städte Frankfurt, Düsseldorf und Stuttgart ist vom hohen Dienstleistungsbesatz in deren Wirtschaftsstruktur geprägt. Die relativ niedrigen Werte der Ruhrgebietsstädte Duisburg, Dortmund und Essen überraschen nicht, besteht doch deren Umland ebenfalls zu einem großen Teil wiederum aus weiteren Großstädten.

8. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Höhe der Pendlerquote aus dem niedersächsischen Umland in die Städte Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven?

Die Pendlerquoten aus dem Umland in die Städte Bremen und Bremerhaven werden in der Regel als Einpendlerquoten definiert. Sie berechnen sich aus dem Verhältnis von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die ihren Wohnsitz im Umland, aber ihren Arbeitsplatz in der jeweiligen Stadt haben, zu der Gesamtheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort.

Die Pendlersalden für Bremen und Bremerhaven ergeben sich aus der Differenz der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die ihren Wohnsitz außerhalb der jeweiligen Stadtgrenzen haben und zum Zweck der Berufstätigkeit in die Städte Bremen und Bremerhaven einpendeln sowie derjenigen, die in den beiden Städten wohnen, aber einen Arbeitsplatz außerhalb Bremens und Bremerhavens haben.

Für Bremen-Nord liegen keine gesonderte Pendlerquote und kein gesonderter Pendlersaldo vor. Auch gibt es keine Erkenntnisse über Pendlerbewegungen für den Teil der Erwerbstätigen, die nicht sozialversicherungspflichtig sind.

Tabelle 7: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SVB), Einpendler, Auspendler, Pendlersaldo, Einpendlerquote für Bremen und Bremerhaven, Stichtag 30. Juni 2004

Stadt	SVB	Einpendler	Auspendler	Pendler- saldo	Einpendler- quote
Bremen	231.372	97.365	28.223	69.142	42,1 %
Bremerhaven	42.062	18.729	7.371	11.358	44,5 %

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

Aus vorstehender Tabelle geht hervor, dass zwar weniger als die Hälfte, aber deutlich mehr als jeder dritte Arbeitsplatz in Bremen und Bremerhaven von einem Arbeitnehmer aus dem Umland besetzt wird. Demgegenüber haben nur knapp jeder Sechste aller in der Stadt Bremen wohnenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ihren Arbeitsplatz außerhalb der Stadtgrenzen, in Bremerhaven ist es etwas mehr als jeder vierte.

Die Verflechtungen mit dem niedersächsischen Umland können nur auf Landesebene dargestellt werden. Tabelle 8 (Anhang) gibt einen Überblick über die Ein- und Auspendler sowie den Pendlersaldo des Landes Bremen und der übrigen Länder. Von den 273.434 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bremen haben 101.831 Personen ihren Wohnsitz in Niedersachsen. 23.217 Personen mit Wohnsitz in Bremen gehen einer Beschäftigung in Niedersachsen nach. Daraus ergibt sich für das Land Bremen eine Einpendlerquote aus Niedersachsen von 37,2 %.

9. Wie hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt entwickelt?

Tabelle 9 (Anhang) zeigt die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen in Bremen-Stadt, Bremen-Nord, Bremerhaven und für das Land Bremen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. Im Zeitraum zwischen 1995 und 2004 ist die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit im Land Bremen um 5 % angestiegen. In Bremerhaven hat sich nach einem vorübergehenden Anstieg um ca. 10 % bis zu den Jahren 1997 und 1998 die Arbeitslosigkeit in 2004 in etwa auf das Niveau von 1995 hin entwickelt. Innerhalb des Landes Bremen weist Bremen-Nord mit einem Zuwachs von 10,1 % den höchsten Wert auf. Dabei dürfte sich im letzteren Fall insbesondere der Zusammenbruch des Bremer Vulkan ausgewirkt haben.

Im Zeitraum von 1995 bis 2004 liegen aber alle Werte im Land Bremen deutlich unter dem des Bundesdurchschnitts von 21,3 %.

10. Wie hat sich die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Bundesdurchschnitt entwickelt?

Tabelle 3 (Anhang) zeigt die Beschäftigungsentwicklung des Landes Bremen auf Basis aller Erwerbstätigen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. Dabei wird deutlich, dass die bremische Beschäftigungsentwicklung dem sektoralen Entwicklungsmuster der Bundesrepublik folgt. Im Übrigen wird auf die Ausführungen in den Antworten zu den Fragen 1 bis 4 verwiesen.

#### Tabellenanhang:

Tabelle 1: Erwerbstätige im Lande Bremen (Arbeitsort) nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf

Tabelle 2: Erwerbstätige (Arbeitsort) in den Städten Bremen und Bremerhaven

Tabelle 3: Erwerbstätige (Arbeitsort) im Lande Bremen und in Deutschland nach Wirtschaftsbereichen

Tabelle 8: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ein- und Auspendler, Pendlersaldo, nach Ländern

Tabelle 9: Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Land Bremen und im Bundesgebiet 1995 bis 2004 im Vergleich

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen  
 Tab. 1: Erwerbstätige im Lande Bremen (Arbeitsort) nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf

WZ 93 Code	Wirtschaftszweig	Jahresdurchschnitte											Veränderung 2004 gegenüber 1995				
		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	Anzahl	%
<b>Erwerbstätige insgesamt</b>																	
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1.943	1.844	1.816	1.710	1.478	1.320	1.381	1.408	1.414	1.452	1.497	1.429	1.374	1.292	-186	-12,6
C,D,E,F	Produzierendes Gewerbe	119.419	119.241	115.435	110.735	105.412	96.448	96.464	94.769	93.173	92.536	93.221	91.594	86.508	86.722	-16.890	-17,7
D	dar. Verarbeitendes Gewerbe	93.172	92.310	88.476	84.032	80.108	74.560	72.651	71.247	70.268	70.582	72.269	71.328	68.622	67.966	-12.143	-15,2
F	Baugewerbe	20.946	21.688	21.785	21.625	20.292	19.240	19.402	19.410	19.254	19.156	18.538	17.977	16.606	16.181	-4.111	-20,3
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	67.461	67.561	66.282	66.282	66.570	67.298	70.474	69.301	67.002	68.291	67.002	67.582	66.886	67.671	1.101	1,7
H	Gastgewerbe	12.167	12.721	12.885	12.467	12.625	12.823	13.222	13.619	14.356	15.350	16.058	16.419	16.840	18.200	5.575	44,2
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	50.222	50.023	47.759	45.141	43.548	42.490	40.671	40.792	40.423	39.971	39.132	38.627	38.286	38.918	-4.630	-10,6
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	12.988	13.239	13.659	13.876	13.436	13.049	12.243	11.462	11.153	11.049	11.010	10.990	10.714	10.622	-2.814	-20,9
K	Grundstückwesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.	32.155	33.719	33.921	34.533	34.408	36.608	37.939	38.299	43.405	48.064	52.465	53.232	54.027	55.233	20.824	60,5
L-P	Öffentliche und private Dienstleister	109.023	110.957	111.358	112.610	111.235	111.108	112.219	109.593	109.569	110.767	111.836	111.957	111.704	112.302	1.067	1,0
L	dar. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	33.420	32.649	31.909	31.552	29.887	28.410	28.843	27.326	26.971	27.168	26.830	25.132	23.736	23.227	-6.660	-22,3
L	Zusammen	405.297	409.305	402.885	397.354	398.713	383.144	384.613	381.273	380.295	388.470	392.221	391.830	399.346	390.960	2.247	0,6
<b>Selbständige</b>																	
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	528	515	545	450	350	301	290	280	255	261	270	230	191	189	-161	-46,0
C,D,E,F	Produzierendes Gewerbe	3.920	4.871	5.500	5.853	4.877	4.394	3.930	3.848	3.920	3.699	3.739	3.911	3.957	3.901	-976	-20,0
D	dar. Verarbeitendes Gewerbe	2.940	2.947	2.223	2.288	2.877	2.076	1.851	1.691	1.946	1.481	1.593	1.516	1.508	1.537	-854	-35,7
F	Baugewerbe	1.676	2.520	3.273	3.402	2.463	2.307	2.079	2.157	2.373	2.217	2.146	2.395	2.449	2.354	-119	-4,8
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	6.535	6.419	6.336	6.398	6.547	6.503	6.519	6.301	6.068	6.051	6.103	5.907	5.967	6.147	-400	-6,1
H	Gastgewerbe	2.940	2.468	2.435	2.457	2.541	2.595	2.583	2.569	2.538	2.512	2.611	2.712	2.661	2.671	130	5,1
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1.483	1.521	1.597	1.455	1.163	892	1.234	1.418	1.475	1.562	1.505	1.401	1.465	1.266	103	8,9
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	670	692	1.009	1.364	1.272	1.048	883	738	603	502	498	626	716	826	-446	-35,1
K	Grundstückwesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.	3.235	3.818	4.302	4.823	5.124	5.878	5.862	5.568	5.420	5.311	5.157	4.863	4.658	5.272	148	2,9
L-P	Öffentliche und private Dienstleister	3.669	4.171	4.461	5.122	5.667	5.675	5.658	5.632	5.635	5.598	6.010	6.675	6.825	7.212	1.546	27,3
L	dar. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
L	Zusammen	22.590	24.465	26.185	27.582	27.541	27.276	26.938	26.378	25.912	25.466	25.893	26.325	26.430	27.484	-57	-0,2
<b>Beamte</b>																	
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	4	5	4	7	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
C,D,E,F	Produzierendes Gewerbe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
D	dar. Verarbeitendes Gewerbe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
F	Baugewerbe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
H	Gastgewerbe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	8.616	8.421	8.243	8.077	7.885	7.389	6.577	6.123	5.415	4.528	3.930	3.756	3.906	3.772	-4.113	-52,2
K	Grundstückwesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.	113	65	71	69	61	58	60	61	60	60	59	60	63	63	2	3,3
L-P	Öffentliche und private Dienstleister	24.006	23.779	23.765	23.543	23.146	22.298	22.490	21.670	21.294	21.042	20.929	20.680	20.741	20.626	-2.520	-10,9
L	dar. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	16.596	16.148	16.035	15.840	15.534	14.877	15.203	14.489	14.398	14.154	13.977	13.363	13.164	12.977	-2.557	-16,5
L	Zusammen	32.750	32.301	32.147	31.760	31.163	29.808	29.191	27.918	26.823	25.878	24.962	24.540	24.774	24.525	-6.638	-21,3

**Arbeiter und Angestellte ohne geringfügig Beschäftigte**

A-B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1.176	1.174	1.187	1.082	1.018	1.024	1.026	1.043	1.068	1.110	1.079	1.049	948	-144	-13,2
C,D,E,F	Produzierendes Gewerbe	110.044	105.313	101.080	97.897	91.429	89.296	87.088	85.580	84.307	85.382	83.743	80.132	77.614	-20.283	-20,7
D	dar. Verarbeitendes Gewerbe	86.286	82.268	78.434	75.794	70.828	68.488	66.277	65.999	65.217	67.599	66.916	64.817	62.464	-13.320	-17,6
F	Baugewerbe	18.642	18.539	17.690	17.125	16.173	16.439	16.265	15.953	15.906	15.386	14.553	13.066	12.599	-4.526	-26,4
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	55.566	55.374	54.039	53.202	53.089	55.131	53.880	51.025	52.014	50.805	51.510	50.650	50.561	-2.641	-5,0
H	Gastgewerbe	6.441	6.801	6.477	6.245	6.187	6.156	6.230	6.532	7.336	7.778	7.916	7.786	7.786	1.541	24,7
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	37.200	37.070	34.819	32.922	32.029	30.461	30.743	30.868	30.999	30.808	30.412	30.266	29.915	-2.114	-6,6
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	11.265	11.546	11.800	11.497	11.038	10.538	10.127	10.069	10.154	10.110	9.942	9.572	9.334	-1.876	-16,7
K	Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.	20.855	21.790	22.154	23.245	25.954	25.988	26.969	29.280	33.175	36.254	37.663	38.184	37.970	14.168	59,5
L - P	Öffentliche und private Dienstleister	71.207	72.468	71.949	72.297	70.722	71.475	70.986	70.800	72.571	73.161	72.720	71.810	70.825	103	0,1
L	dar. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	16.800	16.471	15.847	14.334	13.513	13.823	12.819	12.841	12.563	12.786	11.887	10.495	10.155	-4.179	-29,2
L	Zusammen	314.873	307.524	302.959	296.199	291.810	286.611	286.136	285.207	282.224	285.208	285.005	289.451	284.953	-11.246	-3,8

**Geringfügig Beschäftigte**

A-B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	135	145	99	66	29	67	102	116	123	117	120	134	155	126	4345
C,D,E,F	Produzierendes Gewerbe	4.295	4.326	4.622	3.862	2.638	2.635	3.833	3.663	3.930	4.100	3.940	4.419	5.207	2.569	97,4
D	dar. Verarbeitendes Gewerbe	3.643	3.678	3.965	3.310	1.934	1.866	2.829	2.723	2.884	3.077	2.894	3.297	3.965	2.031	105,0
F	Baugewerbe	628	629	622	633	684	684	968	928	1.033	1.006	1.029	1.101	1.218	534	78,1
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	5.670	5.768	5.877	6.121	6.821	7.708	8.824	9.911	10.216	10.294	10.165	10.269	10.963	4.142	60,7
H	Gastgewerbe	3.208	3.632	3.773	3.642	3.839	4.072	4.796	5.286	5.502	5.689	5.791	6.401	7.743	3.904	101,7
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2.923	3.011	3.101	2.687	2.471	2.399	2.508	2.665	2.882	2.889	3.058	3.659	3.965	1.494	60,5
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	950	916	979	946	883	904	566	421	333	343	362	363	399	-484	-55,3
K	Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.	8.074	8.100	7.401	6.901	5.419	6.025	6.698	6.641	10.530	10.990	10.522	11.121	11.927	6.508	120,1
L - P	Öffentliche und private Dienstleister	10.141	10.539	11.183	11.648	11.700	11.660	12.618	11.640	11.556	11.736	11.802	12.328	13.639	1.909	16,6
L	dar. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	31	30	27	20	19	17	18	32	61	68	62	77	95	76	400,0
L	Zusammen	35.394	38.437	37.029	35.673	33.810	34.249	40.841	42.343	45.072	46.138	45.960	48.694	53.998	20.188	59,7

**nachrichtl.: sozialversicherungsspflichtig Beschäftigte (jeweils 30.06.)**

Zusammen	314.883	306.272	299.037	293.465	287.595	282.615	278.227	280.156	280.576	286.499	286.969	284.653	280.526	273.434	-20.031	-6,8
----------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	------

Tab.2: Erwerbstätige (Arbeitsort) in den Städten Bremen und Bremerhaven  
 Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

WZ 93 Code	Wirtschaftszweig	Jahresdurchschnitte												Veränderung 2004 gegenüber 1995			
		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	Anzahl	%
<b>Stadt Bremen</b>																	
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1.410	1.412	1.403	1.315	1.128	1.031	1.104	1.104	1.084	1.114	1.116	1.077	1.058	1.053	-76	-6,7
C bis F	Produzierendes Gewerbe	104.392	104.133	100.541	96.252	91.992	86.475	84.161	81.893	79.764	78.631	79.103	78.020	75.754	74.433	-17.559	-19,1
D	dar. Verarbeitendes Gewerbe	82.111	81.261	77.799	73.932	70.856	66.635	64.214	62.332	60.699	60.494	61.895	61.147	60.042	58.793	-12.064	-17,0
F	Baugewerbe	17.357	18.000	17.928	17.582	16.456	15.514	15.851	15.757	15.696	15.620	15.065	14.849	13.684	13.335	-3.121	-19,0
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	55.527	55.563	54.334	53.956	53.940	54.823	57.028	56.835	55.095	56.302	55.517	56.016	55.408	56.171	2.231	4,1
H	Gastgewerbe	10.054	10.473	10.407	10.157	10.230	10.398	11.037	11.036	11.638	12.589	13.301	13.630	14.038	15.286	5.057	49,4
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	42.854	42.622	40.775	38.751	37.529	36.582	34.864	35.088	34.431	34.275	33.338	32.906	33.395	32.893	-4.636	-12,4
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	11.406	11.680	12.074	12.256	11.838	11.518	10.815	10.200	9.961	9.854	9.774	9.749	9.503	9.374	-2.464	-20,8
K	Grundstückwesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.	25.307	26.588	26.744	27.415	27.304	29.044	31.112	33.425	37.357	42.632	45.671	46.476	47.020	48.148	20.844	76,3
L bis P	Öffentliche und private Dienstleister	89.826	91.461	91.951	93.008	91.849	91.536	92.395	90.735	90.006	90.879	91.854	92.401	92.229	92.846	996	1,1
L	dar. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicheru	26.588	26.002	25.651	25.100	23.865	22.562	23.261	22.140	21.756	21.601	21.434	20.291	18.942	18.515	-5.351	-22,4
	<b>Zusammen</b>	340.775	343.932	338.231	333.110	325.811	321.406	322.286	320.317	319.336	326.276	329.675	330.276	328.404	330.204	4.393	1,3
<b>Bremerhaven</b>																	
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	433	432	413	395	350	289	277	304	330	338	381	352	316	239	-110	-31,5
C bis F	Produzierendes Gewerbe	15.026	15.108	14.894	14.483	13.420	11.972	12.303	12.876	13.409	13.905	14.118	13.574	12.754	12.289	-1.131	-8,4
D	dar. Verarbeitendes Gewerbe	11.061	11.049	10.677	10.100	9.253	7.924	8.437	8.915	9.569	10.088	10.374	10.181	9.580	9.173	-79	-0,9
F	Baugewerbe	3.589	3.688	3.857	4.043	3.836	3.726	3.551	3.653	3.558	3.536	3.473	3.128	2.922	2.846	-980	-25,8
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	11.934	11.998	11.918	12.326	12.630	12.475	13.446	13.066	11.907	11.979	11.485	11.566	11.478	11.500	-1.130	-8,9
H	Gastgewerbe	2.133	2.248	2.278	2.310	2.395	2.426	2.415	2.583	2.718	2.761	2.757	2.769	2.802	2.914	518	21,6
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	7.368	7.401	6.984	6.390	6.019	5.908	5.807	5.704	5.992	5.696	5.794	5.721	5.901	6.025	6	0,1
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	1.582	1.559	1.585	1.620	1.598	1.531	1.428	1.292	1.192	1.195	1.236	1.241	1.211	1.248	-350	-21,9
K	Grundstückwesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.	6.848	7.131	7.177	7.118	7.105	7.564	6.827	5.874	6.048	6.432	6.794	6.756	7.007	7.085	-20	-0,3
L bis P	Öffentliche und private Dienstleister	19.197	19.496	19.407	19.602	19.572	19.572	19.824	19.258	19.353	19.888	19.982	19.556	19.475	19.456	71	0,4
L	dar. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicheru	6.832	6.647	6.258	6.452	6.022	5.848	5.582	5.186	5.215	5.567	5.396	4.841	4.794	4.712	-1.309	-21,7
	<b>Zusammen</b>	64.522	65.373	64.654	64.244	62.902	61.738	62.327	60.956	60.949	62.194	62.546	61.554	60.945	60.756	-2.146	-3,4
<b>Land Bremen</b>																	
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1.843	1.844	1.816	1.710	1.478	1.320	1.381	1.408	1.414	1.452	1.497	1.429	1.374	1.292	-186	-12,6
C bis F	Produzierendes Gewerbe	119.418	119.241	115.435	110.735	105.412	98.448	96.464	94.769	93.173	92.536	93.221	91.594	88.508	86.722	-18.690	-17,7
D	dar. Verarbeitendes Gewerbe	93.172	92.310	88.476	84.032	80.109	74.560	72.651	71.247	70.268	70.582	72.269	71.328	69.622	67.966	-12.143	-15,2
F	Baugewerbe	20.946	21.688	21.785	21.625	20.292	19.240	19.402	19.410	19.254	19.156	18.538	17.977	16.606	16.181	-4.111	-20,3
G	Handel; Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	67.461	67.561	66.252	66.282	66.570	67.298	70.474	69.901	67.002	68.281	67.002	67.582	66.886	67.671	1.101	1,7
H	Gastgewerbe	12.187	12.721	12.685	12.467	12.625	12.823	13.222	13.619	14.356	15.350	16.058	16.419	16.840	18.200	5.575	44,2
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	50.222	50.023	47.759	45.141	43.548	42.490	40.671	40.792	40.423	39.971	39.132	38.627	39.296	38.918	-4.630	-10,6
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	12.988	13.239	13.659	13.876	13.436	13.049	12.243	11.492	11.153	11.049	11.010	10.980	10.714	10.622	-2.814	-20,9
K	Grundstückwesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.	32.155	33.719	33.921	34.533	34.409	36.608	37.939	39.299	43.405	49.064	52.465	53.252	54.027	55.233	20.824	60,5
L bis P	Öffentliche und private Dienstleister	109.023	110.957	111.358	112.610	111.235	111.108	112.219	109.993	109.359	110.767	111.836	111.957	111.704	112.302	1.067	1,0
L	dar. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicheru	33.420	32.649	31.909	31.552	29.887	28.410	28.843	27.326	26.971	27.168	26.830	25.132	23.736	23.227	-6.660	-22,3
	<b>Zusammen</b>	405.297	409.305	402.885	397.354	388.713	383.144	384.613	381.273	380.285	388.470	392.221	391.830	389.349	390.960	2.247	0,6

Tab.3: Erwerbstätige (Arbeitsort) im Lande Bremen und in Deutschland nach Wirtschaftsbereichen  
 Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

WZ 93 Code	Wirtschaftszweig	Jahresdurchschnitte													Veränderung 2004 gegenüber 1995			
		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	Anzahl	%	
		Anzahl																
<b>Land Bremen</b>																		
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1.843	1.844	1.816	1.710	1.478	1.320	1.381	1.408	1.414	1.452	1.497	1.429	1.374	1.292	1.292	-186	-12,6
C,D,E,F	Produzierendes Gewerbe	119.418	119.241	115.455	110.735	105.412	98.446	96.484	94.769	94.173	92.538	93.221	91.594	88.508	86.722	86.722	-16.690	-17,7
D	dar. Verarbeitendes Gewerbe	93.172	92.310	88.476	84.032	80.109	74.560	72.651	71.247	70.268	70.592	72.269	71.328	69.622	67.966	67.966	-12.143	-15,2
F	Baugewerbe	20.946	21.698	21.785	21.625	20.292	19.240	19.402	19.410	19.254	19.156	18.538	17.977	16.606	16.181	16.181	-4.111	-20,3
G	Handel; Reparatur v. Kiz u. Gebrauchsgütern	67.461	67.581	66.252	66.282	66.570	67.298	70.474	69.901	67.002	68.281	67.002	67.562	66.896	67.671	67.671	1.101	1,7
H	Gastgewerbe	12.187	12.721	12.895	12.467	12.823	13.222	13.222	13.619	14.356	15.350	16.058	16.419	16.840	18.200	18.200	5.575	44,2
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	50.222	50.023	47.759	45.141	43.548	42.490	40.671	40.792	40.423	39.971	39.132	38.627	38.296	38.918	38.918	-4.630	-10,6
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	12.968	13.238	13.659	13.876	13.438	13.048	12.243	11.492	11.153	11.049	11.010	10.990	10.714	10.622	10.622	-2.814	-20,9
K	Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.	32.155	32.719	33.921	34.533	34.409	36.608	37.939	39.299	43.405	48.064	52.465	53.232	54.027	55.233	55.233	20.824	60,5
L-P	Öffentliche und private Dienstleister	109.023	110.957	111.358	112.610	111.235	111.108	112.219	109.993	109.359	110.767	111.836	111.957	111.704	112.302	112.302	1.067	1,0
L	dar. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	33.420	32.649	31.909	31.552	29.887	28.410	28.843	27.326	26.971	27.168	26.830	25.132	23.736	23.227	23.227	-6.660	-22,3
L	Zusammen	405.297	409.305	402.865	397.354	388.713	383.144	384.613	381.273	380.295	386.470	392.221	391.930	389.349	390.960	390.960	2.247	0,6
<b>Deutschland</b>																		
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1.555.000	1.325.000	1.224.000	1.172.000	1.115.000	1.008.000	991.000	994.000	973.000	964.000	953.000	933.000	909.000	900.000	900.000	-215.000	-19,3
C,D,E,F	Produzierendes Gewerbe	14.117.000	13.372.000	12.755.000	12.394.000	12.228.000	11.871.000	11.585.000	11.498.000	11.333.000	11.253.000	11.120.000	10.774.000	10.438.000	10.251.000	10.251.000	-1.877.000	-16,2
D	dar. Verarbeitendes Gewerbe	10.381.000	9.794.000	9.110.000	8.642.000	8.439.000	8.212.000	8.088.000	8.118.000	8.032.000	8.096.000	8.129.000	7.949.000	7.738.000	7.617.000	7.617.000	-822.000	-9,7
F	Baugewerbe	2.796.000	2.914.000	3.025.000	3.165.000	3.227.000	3.126.000	2.999.000	2.902.000	2.850.000	2.761.000	2.587.000	2.428.000	2.312.000	2.262.000	2.262.000	-975.000	-30,2
G	Handel; Reparatur v. Kiz u. Gebrauchsgütern	5.638.000	5.667.000	5.672.000	5.705.000	5.742.000	5.776.000	5.829.000	5.970.000	5.920.000	6.040.000	6.045.000	5.983.000	5.871.000	5.870.000	5.870.000	128.000	2,2
H	Gastgewerbe	1.274.000	1.316.000	1.350.000	1.370.000	1.408.000	1.452.000	1.492.000	1.561.000	1.542.000	1.706.000	1.743.000	1.773.000	1.794.000	1.883.000	1.883.000	465.000	34,4
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2.423.000	2.373.000	2.319.000	2.238.000	2.159.000	2.096.000	2.026.000	2.041.000	2.055.000	2.102.000	2.126.000	2.102.000	2.063.000	2.057.000	2.057.000	-102.000	-4,7
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	1.202.000	1.243.000	1.266.000	1.271.000	1.256.000	1.244.000	1.247.000	1.255.000	1.260.000	1.278.000	1.281.000	1.284.000	1.284.000	1.248.000	1.248.000	-8.000	-0,6
K	Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.	2.505.000	2.666.000	2.768.000	2.977.000	3.148.000	3.322.000	3.491.000	3.759.000	4.098.000	4.434.000	4.618.000	4.687.000	4.767.000	4.928.000	4.928.000	1.780.000	56,5
L-P	Öffentliche und private Dienstleister	9.742.000	9.916.000	9.991.000	10.177.000	10.326.000	10.489.000	10.547.000	10.638.000	10.800.000	10.941.000	11.036.000	11.160.000	11.208.000	11.295.000	11.295.000	969.000	9,4
L	dar. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	3.142.000	3.111.000	3.035.000	2.996.000	2.957.000	2.935.000	2.876.000	2.829.000	2.802.000	2.748.000	2.686.000	2.663.000	2.626.000	2.580.000	2.580.000	-377.000	-12,7
L	Zusammen	38.454.000	37.878.000	37.365.000	37.304.000	37.382.000	37.270.000	37.208.000	37.616.000	38.071.000	38.746.000	38.922.000	38.696.000	38.314.000	38.442.000	38.442.000	1.660.000	2,8

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort  
 Tab. 8 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Ein- und Auspendler\*\* sowie Pendlersaldo\*\*\*) am 30.06.2004 nach Ländern

Lfd. Nr.	Wohnort	Arbeitsort																Auspendler	Lfd. Nr.	
		Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein			Thüringen
1	Insgesamt <sup>1)</sup>	26 523 962	3 737 971	4 286 495	1 042 262	716 506	273 434	726 157	2 112 654	511 732	2 340 735	5 031 485	1 183 523	344 652	1 368 537	745 440	779 453	728 922	x	1
2	Baden-Württemberg	3 597 563	3 440 557	58 971	2 872	487	537	3 539	33 262	209	4 563	21 115	25 249	1 607	1 449	679	1 516	911	157 006	2
3	Bayern	4 225 755	74 661	4 044 851	5 135	782	715	4 614	47 650	341	5 977	24 953	4 526	866	3 366	929	1 807	4 326	189 904	3
4	Berlin	969 712	5 842	7 351	846 786	57 270	512	4 364	7 201	1 817	4 063	13 754	1 211	406	3 745	2 184	1 967	1 239	112 926	4
5	Brandenburg	837 286	4 963	6 055	148 580	624 671	464	2 862	3 680	5 866	5 867	7 656	1 150	375	13 339	7 654	2 220	2 042	212 615	5
6	Bremen	192 934	711	716	300	113	160 819	2 669	799	107	23 217	2 363	224	47	59	88	599	54	32 115	6
7	Hamburg	547 971	2 141	3 455	1 720	278	1 458	470 480	4 072	1 062	11 727	6 498	475	159	193	251	43 980	141	77 461	7
8	Hessen	1 967 460	43 609	24 736	2 874	454	611	3 799	1 927 844	285	10 475	29 612	34 965	954	999	531	1 421	4 071	159 616	8
8	Mecklenburg-Vorpommern	590 888	1 395	1 700	5 011	5 828	1 024	12 609	1 320	463 020	7 779	3 320	416	120	1 634	2 530	21 974	917	67 868	9
10	Niedersachsen	2 454 745	9 717	9 658	4 175	1 075	101 631	80 355	15 888	1 819	2 139 559	68 247	2 564	577	1 061	4 824	11 460	1 935	315 186	10
11	Nordrhein-Westfalen	5 531 200	23 712	23 573	7 277	1 404	2 367	8 831	39 249	590	52 618	5 539 689	21 053	1 728	1 655	1 479	4 158	1 597	181 511	11
12	Rheinland-Pfalz	1 289 505	68 430	6 630	1 169	362	299	1 299	84 189	180	1 757	54 596	1 047 100	21 790	451	223	663	407	242 405	12
13	Saarland	316 571	2 977	1 728	221	46	41	212	2 706	12	339	2 503	12 026	293 422	103	64	111	58	23 149	13
14	Sachsen	1 419 464	11 653	31 215	6 219	13 351	371	1 437	7 042	1 162	4 063	9 334	2 204	381	1 296 661	16 866	1 023	13 302	119 803	14
15	Sachsen-Anhalt	622 052	5 472	8 863	5 253	7 005	605	1 635	4 485	1 221	43 427	9 626	1 549	326	22 897	698 370	1 303	9 995	123 862	15
16	Schleswig-Holstein	653 493	2 727	3 185	1 362	340	1 145	137 216	3 505	2 857	8 016	7 837	721	179	222	364	663 609	158	169 864	16
17	Thüringen	869 690	6 661	35 342	2 329	1 489	204	637	26 186	722	13 566	6 705	1 773	266	17 606	8 159	537	687 488	122 202	17
18	Nachrichtlich: Ausland (einseitig o. Angabe)	118 693	32 533	20 426	946	533	411	2 386	3 336	460	3 922	23 427	6 313	21 457	688	225	1 305	279	x	18
19	"Empfänger"	118 693	297 414	243 644	195 476	90 829	112 615	268 677	264 910	18 712	201 176	291 796	116 423	51 260	69 876	47 070	95 944	41 434	x	19
20	"Pendlersaldo"	118 693	140 408	62 740	62 550	-121 796	80 500	191 186	125 194	-49 156	-114 010	100 265	-125 962	28 111	-49 927	-76 612	-74 040	-83 769	x	20

<sup>1)</sup> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht am inländischen Arbeitsort wohnen.  
<sup>2)</sup> Personen, die nicht am inländischen Wohnort sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.  
<sup>3)</sup> Positiv = Überschuss der "Empfänger" über die "Auspendler"; negativ = Überschuss der "Auspendler" über die "Empfänger".  
<sup>4)</sup> Einseitig, "Ohne Angabe zum Wohnort".

## Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Land Bremen und im Bundesgebiet 1995 bis 2004 im Vergleich

- Jahresdurchschnitte - Index: 1995 = 100 -

	Arbeitslose										Veränderung	
	2004	2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997	1996	1995	absolut	in %
Land Bremen	42.347	42.415	40.532	39.851	41.128	43.885	46.355	46.951	44.374	40.343	2.004	+5,0
dar.: 37,5% Frauen	15.876	16.158	16.068	16.062	16.351	17.397	18.490	18.729	17.493	16.093	-217	-1,3
Index insgesamt	105,0	105,1	100,5	98,8	101,9	108,8	114,9	116,4	110,0	100,0		
dar.: Frauen	98,7	100,4	99,8	99,8	101,6	108,1	114,9	116,4	108,7	100,0		
Stadt Bremen	32.339	32.368	30.878	30.475	31.789	33.953	35.531	35.945	33.718	30.416	1.923	+6,3
dar.: 38,5% Frauen	12.453	12.584	12.402	12.465	12.812	13.592	14.362	14.586	13.510	12.328	125	+1,0
Index insgesamt	106,3	106,4	101,5	100,2	104,5	111,6	116,8	118,2	110,9	100,0		
dar.: Frauen	101,0	102,1	100,6	101,1	103,9	110,3	116,5	118,3	109,6	100,0		
dar.: Bremen-Nord	6.620	6.521	6.254	6.176	6.453	6.827	6.962	7.012	6.727	6.011	609	+10,1
dar.: 38,6% Frauen	2.555	2.560	2.642	2.608	2.215	2.819	2.846	2.891	2.737	2.438	117	+4,8
Index insgesamt	110,1	108,5	104,0	102,7	107,4	113,6	115,8	116,7	111,9	100,0		
dar.: Frauen	104,8	105,0	108,4	107,0	90,9	115,6	116,7	118,6	112,3	100,0		
Stadt Bremerhaven	10.008	10.047	9.654	9.376	9.339	9.931	10.824	11.007	10.656	9.927	81	+0,8
dar.: 34,2% Frauen	3.423	3.574	3.667	3.597	3.539	3.805	4.128	4.143	3.983	3.765	-342	-9,1
Index insgesamt	100,8	101,2	97,2	94,4	94,1	100,0	109,0	110,9	107,3	100,0		
dar.: Frauen	90,9	94,9	97,4	95,5	94,0	101,1	109,6	110,0	105,8	100,0		
Bundesgebiet	4.381.040	4.376.027	4.060.317	3.851.636	3.888.652	4.099.209	4.279.288	4.384.465	3.965.064	3.611.921	769.119	+21,3
dar.: 44,1% Frauen	1.932.451	1.930.568	1.821.426	1.788.712	1.836.317	1.940.038	2.007.261	2.042.073	1.853.518	1.761.311	171.140	+9,7
Index insgesamt	121,3	121,2	112,4	106,6	107,7	113,5	118,5	121,4	109,8	100,0		
dar.: Frauen	109,7	109,6	103,4	101,6	104,3	110,1	114,0	115,9	105,2	100,0		

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen